

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: SOA/04/2009
Gremium: Sozialausschuss
Tag: Mittwoch, 24.06.2009
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht über die Situation der ambulanten Sterbebegleitung und des ambulanten Hospizes in Hagen
4. Bericht aus dem Seniorenbeirat
5. Bericht aus dem Behindertenbeirat
6. Bericht der Schuldnerberatung der Stadt Hagen
7. Antrag des Frauenhauses Hagen auf eine Sonderzahlung
8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
hier: Jahresberichte 2008
Vorlage: 0459/2009
9. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales

Vorlage: 0461/2009
10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Frau Machatschek begrüßt die Ausschussmitglieder und die Gäste und gratuliert der Schriftführerin zur stattgefundenen Hochzeit und überreicht ihr einen Blumenstrauß.

2. Mitteilungen

Frau Kreiss teilt mit, dass § 92 c SGB XI zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung der Versicherten die Errichtung von Pflegestützpunkten vorsehe.

Die Rahmenvereinbarung des Landes gehe grundsätzlich von drei Stützpunkten pro Stadt aus. Erste Gespräche seien hierzu mit den Pflegekassen geführt worden. In Hagen hätten bisher die AOK, die BEK und die Kommune Interesse gezeigt.

Im Moment ruhten die Verhandlungen, da die sogenannte Allgemeinverfügung des Ministeriums immer noch nicht vorliege.

Der letzte Stand aus dem Ministerium sei gewesen, dass eine gemeinsame Präsenzzeit von Stadt und Pflegekasse von ca. 3 Stunden täglich in jedem Pflegestützpunkt zu gewährleisten. Dieses sei vermutlich von allen Beteiligten personell nicht leistbar.

Pflegestützpunkte könnten nur als gemeinsame Pflegestützpunkte der Pflegekasse und der Kommune errichtet werden. Das bedeute, dass ohne die Zustimmung der Stadt kein Pflegestützpunkt errichtet werden könne.

Sobald weitere Verhandlungen geführt würden, würde die Verwaltung dem Ausschuss berichten.

Frau Machatschek bedankt sich für den Bericht und hielte es für sinnvoll, dass sich der Sozialausschuss insgesamt mit dieser Thematik beschäftige und über die Pflegestützpunkte informiert werde.

3. Bericht über die Situation der ambulanten Sterbebegleitung und des ambulanten Hospizes in Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt zu diesem Thema Frau Stoppa vom Caritasverband und Frau Schnarbach vom Palliativpflegedienst der Diakonie Hagen-Ennepe-Ruhr und Frau Pfarrerin Lauxmann als Koordinatorin und Frau Backhaus als ehrenamtliche Kraft vom Ambulanten Hospizdienst „DA-SEIN“.

Intention für die heutige Einladung sei ein Bericht aus dem Seniorenbeirat gewesen, in dem mitgeteilt worden sei, dass es in diesem Bereich finanzielle Probleme gebe.

Frau Lauxmann stellt sich und ihre Arbeit vor.

Die ehrenamtlichen Mitarbeiter seien in diesem Bereich ein wesentlicher Stützpfeiler.

Frau Backhaus ergänzt die Ausführungen aus ihrer Sicht als ehrenamtliche Kraft.

Frau Stoppa stellt sich vor.

Sie geht näher auf den Bereich der Finanzierung ein. Man werde seit einigen Jahren über die Krankenkassen finanziert. Es gebe einen Topf für die Hospizarbeit, aus dem das Geld an die ambulanten Hospize ausgeschüttet würde. Davon würden die Personalkosten finanziert. Es werde immer schwieriger, einen ambulanten Hospizdienst zu finanzieren. Von den beantragten Geldern fehlten dem Caritasverband für diese Arbeit im Endeffekt 20.000 €. In den Töpfen der Krankenkassen seien noch 9 Millionen vorhanden, die auf Ausschüttung warteten. Hier sei die Politik gefordert. Die Spendengelder brächen weg.

Frau Machatschek möchte von Frau Schnarbach wissen, was genau ihr Aufgabengebiet sei. Gebe es in Hagen in einer Klinik eine Palliativstation?

Frau Schnarbach erklärt, dass es sich bei dem Dienst um einen ambulanten Palliativpflegedienst handle, der für den Bereich Hagen / Ennepe-Ruhr zuständig sei. Die Patienten würden zu Hause versorgt. Man habe 9 Mitarbeiter, davon 8 Schwestern und ein Pfleger.

Herr Haensel differenziert, was denn ein ambulanter Hospizdienst in einer Familie mache, welchen Bereich die Pflege abdecke und wie sich das Zusammenspiel beider gestalte. Das seien die Netzwerkverbände, die man insgesamt benötige.

Frau Machatschek fragt nach, ob es sich hier um die gleiche Finanzierung handle wie von Frau Stoppa beschrieben.

Frau Schnarbach berichtet, dass Ziel der Palliativpflege sei, die Lebensqualität des Patienten und seiner Angehörigen in der letzten Lebensphase zu stabilisie-

ren. Von der Kasse würden 100,- € bezahlt, von denen drei Einsätze je 33,- € finanziert werden könnten.

Frau Stoppa ergänzt, dass man in der Palliativpflege immer wieder an seine Grenzen stieße. Es sei jedoch festzustellen, dass die Versorgung bedeutend besser geworden sei.

Herr Schellhorn möchte wissen, ob die Krankenkasse über die 100 € pro Patient hinaus etwas bewilligen würde, da er sich gut vorstellen könne, dass drei Einsätze nicht immer ausreichen.

Frau Stoppa bejaht diese Frage. Es handele sich dabei um die sogenannten Kriseneinsätze. Bei den drei Einsätzen pro 33,00 € handele es sich um Palliativeinsätze. Darin sei zum Beispiel die Grundpflege nicht enthalten.

Herr Schellhorn fragt, ob bürokratische Hürden vorhanden seien. Müsse ein Kriseneinsatz vorher von der Krankenkasse genehmigt werden?

Frau Stoppa erwidert, dass das in der Praxis nicht möglich sei. Man müsse darauf hoffen, dass die Kasse den Einsatz nachvollziehen könne.

Herr Haense stellt fest, dass die Hagener Bevölkerung in diesem Bereich ausreichend versorgt sei. Es seien in den letzten Jahren einige Angebote dazugekommen. Es gebe mittlerweile ein Palliativnetzwerk, an dem sich viele Menschen und Organisationen beteiligten. Es seien auch privat-gewerbliche Anbieter darunter. In diesem Bereich sei teilweise ein Höchstmaß an Engagement und Idealismus zu finden.

Herr Hentschel schildert die Situation, dass ein Patient mit einer Sterbeverfügung im Sterben liege und eine ehrenamtliche Kraft zugegen sei. Wer entscheide über möglichen Einsatz von sterbe verlängernden Maßnahmen. Sei die ehrenamtliche Kraft an die Verfügung gebunden?

Frau Stoppa erklärt, dass klar sei, dass der Wunsch des Patienten vorgehe.

Herr Steuber fragt nach der Einschätzung des Bedarfes an stationären Hospizplätzen in Hagen.

Frau Stoppa macht deutlich, dass in den meisten Fällen der Patient zu Hause versorgt und sterben wolle. Das müsse Priorität haben. Dabei stoße man natürlich immer wieder an seine Grenzen. Für die Fälle sollten Hospizplätze vorhanden sein. Hagener Bürger äußerten auch immer wieder diesen Wunsch, in Hagen Hospizplätze vorzufinden.

Der Caritasverband plane 5 Hospizbetten im St. Clara Altenheim. Die Baumaßnahmen würden noch einige Zeit in Anspruch nehmen. Auch hier stelle sich die Frage, wie sich die Maßnahme finanzieren lasse.

Herr Haense berichtet von Plänen eines Vereins, ein eigenständiges Hospiz in Hagen zu verwirklichen. Das sei letztendlich auch am Geld gescheitert. Man müsse einen Eigenanteil von mindestens 10 % einplanen. Das könne ein Be-

trag in fünf- bis sechsstelliger Höhe sein.

Es gebe eine Vereinbarung zwischen Herrn Röspel und ihm, wenn ein solches Hospiz für Hagen komme, dieses in jedem Falle als ein ökumenisches Haus betrieben werden solle. Das sei Ziel der Gespräche, die zurzeit im nichtöffentlichen Teil geführt würden.

Frau Machatschek ist auch der Meinung, dass Angebote im stationären Bereich sehr wichtig seien. Sie sei sehr traurig darüber, dass man keine Palliativstation in einer Klinik habe.

Herr Haensel macht noch einmal deutlich, dass man im Moment in guten Gesprächen sei. Alle zögen an demselben Strang. Ein Aspekt sei ihm in dieser Diskussion zu kurz gekommen. Die stationäre Altenpflege habe sich im Hinblick auf die älter werdende Bevölkerung längst auf die Bedarfe eingestellt. Die in diesem Bereich Beschäftigten hätten Fortbildungen in diesem Bereich. In jedem der Häuser gebe es in der Regel ein eigenständiges Konzept für palliative Versorgung. Er nennt in diesem Zusammenhang bei den privatgewerblichen Anbietern das Haus Wohlbehagen als positives Beispiel. Die Stadt Hagen habe eine gute Grundversorgung in diesem Bereich.

Frau Machatschek bedankt sich bei ihren Gästen und wünscht alles Gute für die weitere Arbeit.

4. Bericht aus dem Seniorenbeirat

entfällt

5. Bericht aus dem Behindertenbeirat

Frau Lazaris berichtet, dass der Behindertenbeirat mit Empörung zur Kenntnis genommen habe, dass die Tür zum Technischen Rathaus jetzt geschlossen sei. Das sei für behinderte Menschen besonders umständlich, über Umwege ihr Ziel zu erreichen. Der Behindertenbeirat sei nicht bereit, das so hinzunehmen.

Weiterhin sei ein Vertreter der Straßenbahn AG zu einem Gespräch gebeten worden, um über Erfahrungen und Probleme mit dem neuen Fahrplan zu diskutieren.

Frau Machatschek kann die Verärgerung bezüglich der geschlossenen Tür im technischen Rathaus nachvollziehen. Sie sei froh, dass der Behindertenbeirat dieses Problem aufgegriffen habe. Sie hoffe, dass man in dieser Angelegenheit bald zu einer guten Lösung komme.

Herr Steuber kann das gut verstehen. Das sei keine angenehme Situation, gerade im Hinblick auf die Beratungssituation des Sozialverbandes, der regelmä-

Big dort seine Beratungstätigkeit im Erdgeschoss ausübe. Es handele sich hierbei um eine Sanierungsmaßnahme, bei der eine Stelle eingespart würde. Es sei gut, dass die beiden Kolleginnen im Sozialen Rathaus einen Teil der Beratung auffangen könnten. Dort habe eine Arbeitsverdichtung stattgefunden.

Herr Hentschel merkt an, dass die Infotheke im Sozialen Rathaus auch teilweise nicht besetzt sei.

Herr Dr. Brauers widerlegt diese Aussage. Die Infotheke sei innerhalb der Geschäftszeiten besetzt. Dies sei auch in Fällen von Urlaub und Krankheit gewährleistet gewesen.

Frau Machatschek fragt, ob man die Tür nicht trotzdem öffnen könne. Man könne das doch mal in einer Testphase erproben.

Frau Lazaris schlägt vor, wenigstens an den Tagen, an denen die Beratung durch den Sozialverband VDK stattfände, die Tür zu öffnen. Das sei besonders für die Rollstuhlfahrer eine große Erleichterung.

Herr Steuber verspricht, die gemachten Anregungen weiterzugeben.

Herr Hentschel weist auf die Verpflichtung der Stadt hin, barrierefreie Zugänge zu schaffen.

Frau Machatschek erwidert, dass die Stadt dieser Verpflichtung nachkäme. Es stelle sich nur die Frage, in welcher Form sie das tue.

6. Bericht der Schuldnerberatung der Stadt Hagen

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Dollberg berichtet über die Arbeit der Schuldnerberatungsstelle (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Frau Machatschek bedankt sich für den Bericht. Sie merkt an, dass dieser Bereich vom Sozialausschuss immer als besonders wichtig erachtet worden sei. Man sei sich über alle Fraktionen hinweg einig, dass hier Handlungsbedarf bestehe.

Herr Mervelskemper ist der Meinung, dass das Hauptproblem in diesem Bereich die lange Wartezeit sei. Er gehe davon aus, dass die Wartezeit nicht unerheblich unter einem halben Jahr liege. Dies halte er insbesondere vor dem Hintergrund der SGB II-Empfänger für besonders problematisch. Gerade die drückenden Schulden der Betroffenen führten ja dazu, dass man keinen Arbeitsplatz bekäme. Er appelliere daher aufgrund der schlechten finanziellen Situation der Stadt, im Interesse der Bürger die Schuldnerberatung weiter zu stärken. Das sei seines Erachtens nur mit mehr Personal zu schultern. Der

Personenkreis der Ratsuchenden werde sicher in den nächsten Jahren noch zunehmen.

Auf die Frage von Herr Hentschel, was denn mit den Wartenden geschehe, antwortet Frau Dollberg, dass es auch eine telefonische Beratung gebe. Diese Menschen bekämen Ratschläge, wie sie sich verhalten sollten. Für die Leute im ARGE-Leistungsbezug gebe es eine Regelung, dass diese vorrangig beraten würden. Diese kämen nicht auf die Warteliste. Dasselbe gelte für den Personenkreis aus der Fachstelle für Wohnraumsicherung.

Herr Hentschel erklärt, dass es doch eigentlich sinnvoller sei, Menschen zu beraten, die noch in Arbeit seien, bevor sie diese verlören.

Frau Dollberg kann die Anregung nachvollziehen, weist aber darauf hin, dass sie sich an die bestehenden Regelungen zu halten habe. Es gebe in Hagen ja mit der AWO und der Diakonie fünf Stellen, die Schuldnerberatung machten. AWO und Diakonie böten auch freie Sprechzeiten an.

Frau Machatschek hält dieses Netzwerk mit gegenseitiger Unterstützung für ein wesentlichen Baustein der Schuldnerberatung.

Frau Helling möchte wissen, ob die Beratung von 8.30 Uhr bis 9.30 Uhr täglich ausreiche. Wären nicht andere Zeiten für eine gewisse Klientel angebrachter?

Frau Dollberg erklärt, dass die Schuldnerberatung sich nicht als Rundumservice verstehe. Es gehe darum, Menschen durch die Beratung zu einem eigenständigen Leben zu verhelfen. Dazu gehöre auch, sich an vorgegebene Zeiten zu halten. Die Stunde zwischen 8.30 Uhr und 9.30 Uhr sei eine feste Zeit, zu der man telefonisch erreichbar sein sollte. Man versuche jedoch, die Beratung so flexibel wie möglich zu gestalten.

Herr Steuber weist darauf hin, dass es sich bei den genannten Zeiten um eine allgemeine Angebotszeit des Fachbereiches handele, die gut angenommen worden sei. Dies sei eingeführt worden, nachdem die allgemeinen Öffnungszeiten abgeschafft worden seien.

Es sei natürlich möglich, in dieser Zeit einen Termin mit dem Sachbearbeiter zu vereinbaren.

Frau Machatschek wünscht für die weitere Arbeit alles Gute und bedankt sich bei den Kolleginnen der Schuldnerberatung.

7. Antrag des Frauenhauses Hagen auf eine Sonderzahlung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek begrüßt die Antragstellerin Frau Wendt vom Frauenhaus und bittet diese, den Antrag zu erläutern.

Dieser Bitte kommt Frau Wendt nach.

Frau Helling möchte wissen, wie man in Zukunft Brandstiftung verhindern wolle. Wie lange habe die Überprüfung der HGW und Feuerwehr gedauert, wenn dabei Kosten in Höhe von 11.282,04 entstanden seien. Habe das Frauenhaus in der Zeit, in der es nicht belegt war, nicht auch weniger Kosten gehabt? In welcher Höhe solle der Zuschuss sein? Sie fragt in die Runde, ob eine solche Hilfe nicht in den Bereich der freiwilligen Leistungen fiele, die man nicht leisten dürfe in der jetzigen Haushaltssituation.

Frau Kurte ist der Meinung, dass die HGW als Vermieter doch für die Sicherheit des Hauses zuständig sei.

Frau Wendt erklärt, dass die Tagesgeltsätze für Miete und Nebenkosten gedacht seien.

Die laufenden Kosten liefen jedoch weiter. Für die Verpflegung seien die Frauen selbst zuständig. Es könne nicht verhindert werden, dass Brände gelegt würden. Wichtig sei es, die Sicherheit der dort lebenden Personen zu gewährleisten. Teile des Hauses könnten nicht mehr genutzt werden. Auf die Feststellung von Frau Kurte erwidert sie, dass die HGW neue Brandschutztüren einbaue.

Frau Kurte möchte wissen, was denn mit den Frauen und Kindern in der Zeit geschehen sei, in der das Haus nicht bewohnbar gewesen sei.

Frau Wendt klärt auf, dass es ein gutes Netzwerk zwischen den Frauenhäusern in NRW gebe, so dass die Frauen in anderen Frauenhäusern untergekommen seien.

Auf die Frage von Frau Helling, wie lange denn die Überprüfung der HGW und Feuerwehr gedauert habe, teilt sie mit, dass das Haus vier Wochen während der Überprüfung geschlossen gewesen sei. Die Höhe des Sonderzuschusses sei im Antrag auf 11.282,04 € beziffert.

Herr Haensel macht deutlich, dass sich hier zwei Fragestellungen ergäben. Einmal gehe es um das Delta, für das man im Moment eine Lösung suche. Das andere sei, dass die Strukturqualität des Hauses den Anforderungen nicht gerecht werde und man daher auf der Suche nach einem anderen Objekt sei. Zu der ersten Frage weist er auf die Existenz einer großen Stiftung hin, die für solche und ähnliche Fälle Geld bereithalte. Es würden auch Institutionen gefördert. Er sei gern bereit, den Kontakt zu vermitteln.

Herr Dr. Brauers bestätigt in Richtung von Frau Helling, dass es sich hier um eine freiwillige Leistung handele. Das sei für die Stadt Hagen im Moment ein Problem. Er sähe noch eine kleine Hoffnung in Form eines Restes vom Rest der Sparkassenspende.

Er würde die Sache prüfen. Vielleicht könnten ja beide Alternativen genutzt werden.

Frau Kurte regt an, nach einem anderen Gebäude zu suchen, bevor jetzt viel Geld in das Gebäude investiert würde.

Frau Machatschek berichtet, dass sie selbst zusammen mit dem Frauenhaus seit zwei Jahren nach einem geeigneten Gebäude auf der Suche seien, leider bisher nichts gefunden hätten. Sie wolle den Sozialausschuss nutzen, um die Problemlösung weiterzugeben. Die HGW müsse ihren Verpflichtungen nachkommen.

Sie schlägt abschließend vor, dass sich Herr Dr. Brauers, Herr Haensel und Frau Wendt zusammensetzten, um nach einer Lösung zu suchen.

**8. Zuschüsse an die Wohlfahrtsverbände und andere
hier: Jahresberichte 2008
Vorlage: 0459/2009**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Machatschek schlägt vor, diesen Bericht und den Geschäftsbericht in der heutigen Sitzung als erste Lesung zu betrachten.

Herr Halbeisen äußert im Hinblick auf die nächste Sitzung die Bitte, dass die Verbände aus der Berichterstattung heraus dem Ausschuss Themen anböten, aus denen erkennbar sei, dass es kritische Entwicklungen absehbar seien. Dann könne man als Ausschuss darauf entsprechend reagieren. Er spüre eine Unzufriedenheit mit der Art des Berichtswesens.

Frau Machatschek erwidert darauf, dass sich aus Sicht der Ratsmitglieder ein ganz anderer Blick auf die Dinge ergebe als aus Sicht eines sachkundigen Bürgers. Man habe im Rat Einsparungen beschlossen. Es gebe nicht mehr viele Spielräume. Man müsse sich als Sozialausschuss positionieren, was man in dieser Stadt noch an Angeboten haben wolle. Es sei daher notwendig, sich mit den Berichten auseinanderzusetzen. Was an Ehrenamtlichkeit in den Berichten stecke, könne nicht bezahlt werden.

Herr Halbeisen fühlt sich missverstanden. Es sei nicht sein Anliegen gewesen, auf das Berichtswesen zu verzichten. Seine Bitte sei gewesen, die Verbände und die Verwaltung aus ihren Erfahrungen als die Anbieter von Leistungen um Hilfestellung bei der Bewertung und Positionierung zu geben.

Frau Machatschek erklärt, dass sich der Ausschuss in den vergangenen Jahren aus den verschiedensten Bereichen habe vortragen lassen. Man habe dabei auch sehr wohl an der einen oder anderen Stelle interveniert. Sie könne die Anregung von Herrn Halbeisen nachvollziehen. Man könne ja darüber diskutieren, welches Verfahren man für die nächste Sitzung wählen wolle, um der Forderung von Herrn Halbeisen gerecht zu werden.

Herr Haensel versteht den Wortbeitrag von Herrn Halbeisen in dem Sinne, dass in den Berichten Kritik und Perspektiven abgefragt würden. Das werde nicht

genügend in die Bewertung miteinbezogen. Dort werde nicht mehr Klartext gesprochen. Herr Halbeisen strebe an, mal wieder eine sozialpolitische Debatte mit einem Blick nach vorn zu führen. Im Moment befinde man sich in einer fachpolitischen Betrachtung der Angebote. Er sei davon ausgegangen, dass man heute vereinbare, welcher Träger in der nächsten Sitzung sein Arbeitsgebiet vorstelle.

Herr Steuber merkt an, dass man sich in einer ähnlichen Struktur wie in der Kinder- Jugend- und Familienarbeit befinden würde, wenn man der Anregung von Herrn Halbeisen Folge leisten würde. Dort gebe es fachlich orientierte Arbeitsgemeinschaften.

Das könne man im Feld der sozialen Arbeit genauso organisieren. Er gehe davon aus, dass man zwangsläufig in eine solche Debatte hineinkomme.

Frau Machatschek schließt sich den Ausführungen von Herrn Steuber an.

Herr Mervelskemper schlägt vor, die NOVA Hagen e.V. einzuladen.

Herr Halbeisen hält es für ratsam, sich daneben außerdem mit dem Gebiet der Eingliederungshilfe für Menschen mit psychischen Behinderungen auseinanderzusetzen. Nur dann mache die Beschäftigung mit NOVA Hagen e.V. Sinn.

Frau Machatschek greift den Vorschlag auf, diese Thematik in der übernächsten Sitzung des Sozialausschusses als eigenen Tagesordnungspunkt zu behandeln und auch Fachleute dazu einladen.

Beschluss:

Der Sozialausschuss nimmt die Vorlage der Verwaltung und die Berichte der Wohlfahrtsverbände in erster Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

9. Geschäftsbericht 2008 für den Fachbereich Jugend & Soziales

Vorlage: 0461/2009

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt findet keine Diskussion statt.

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Geschäftsbericht 2008 des Fachbereichs Jugend & Soziales in erster Lesung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|-------------------------------|
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmgleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input checked="" type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |

10. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Kurte fragt, wie weit der Fachbereich mit der Voerderstraße 33 sei.

Herr Stüwe erklärt, dass die Sache insofern erledigt sei, dass man aus dem Mietvertrag bekannterweise nicht herausgekommen sei. Daraufhin sei das Übergangsheim in der Heinitzstraße 28 gekündigt worden. Man sei mit den wenigen Bewohnern der Heinitzstraße 28 in die Voerderstraße 33 gezogen. Man nutze das Haus jetzt als Übergangsheim für Asylbewerber und Flüchtlinge. Auch das Frauenhaus habe sich diese Immobilie angeschaut und es als nicht geeignet angesehen. Im Moment seien 13 Personen in der Voerderstraße 33 untergebracht.

Auf die Frage von Frau Kurte nach dem Haus „Am Obergraben“ in Dahl erklärt Herr Stüwe, dass dieses Gebäude schon seit vielen Jahren nicht mehr als Übergangsheim zur Verfügung stünde.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.10 Uhr

Gez. Machatschek
Vorsitzende

Gez. Hogebe
Schriftführerin